



Er habe starke Schmerzen, sagt der ältere Herr, als er den Behandlungsbus in der Münchener Innenstadt erreicht. Ursprünglich stammt er aus Spanien. Was ihn in die bayerische Landeshauptstadt verschlagen hat? Unklar. Der Mann hat weder Geld noch Papiere. Die Ärztin vom Team „open.med“ vermutet zunächst, dass er an einer Harnwegsinfektion leidet, gibt ihm Schmerzmittel und Antibiotika. Doch weil sich sein Zustand nicht bessert, überweist sie ihn schließlich in eine Klinik, wo Spezialisten einen Blasen-tumor diagnostizieren. Eine Operation sei dringend nötig, aber ohne Krankenversicherung unmöglich. Also kontaktieren die Helfer das spanische Konsulat, sorgen dafür, dass der Patient einen neuen Reisepass bekommt, beantragen beim Sozialamt Sozialhilfe und Krankenversicherungsschutz. Anschließend nimmt ihn das Krankenhaus stationär auf, der Mann kann operiert werden.

Versorgt wird auch im Bus

Seit 2006 kümmert sich „open.med“ um Menschen ohne Krankenversicherung. In einer festen Anlaufstelle und in einem mobilen Bus behandeln die Mediziner kostenlos Menschen in Not. Initiiert hat das Projekt die Organisation „Ärzte der Welt“. Ihren Berechnungen zufolge, leben in Deutschland mehrere Hunderttausend Menschen mit fehlendem Krankenversicherungsschutz – darunter Migranten ohne geregelten Aufenthaltsstatus, arbeitslose EU-Bürger aber auch deutsche Staatsangehörige, die ihre Krankenkassenbeiträge nicht mehr bezahlen können. Medizinische Versorgung ist nur ein Teil der Arbeit von „open.med“. Die Mitarbeiter verhandeln für ihre Patienten mit Ämtern, informieren Sozialarbeiter, versuchen Betroffenen einen Weg zurück ins Krankenversicherungssystem zu ebneten.

Für ihr Engagement verliehen der AOK-Bundesverband und die Berli-

Hilfe für alle, die aus dem Raster fallen

Mehrere Hunderttausend Menschen sind in Deutschland nicht krankenversichert. In zahlreichen Städten kooperieren deshalb Ärzte und Sozialarbeiter, um Menschen in Not zu versorgen. Vier besondere Initiativen wurden vergangene Woche ausgezeichnet.

Von Frank Brunner



Ärztliche Versorgung sei ein Menschenrecht, unabhängig vom Status, so Berlins Ärztekammerpräsident Dr. Peter Bobbert. ©AOK/STEFAN MELCHIOR

ner Ärztekammer am vergangenen Mittwoch „open.med“ den Berliner Gesundheitspreis 2023. Damit war die Initiative einer von vier Preisträgern der mit insgesamt 50.000 Euro dotierten Auszeichnung. Motto in diesem Jahr: „Gesundheit gerecht gestalten“. Gesundheit sei „leider viel zu oft auch eine soziale Frage“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Sabine Dittmar, bei der Festveranstaltung.

Dittmar hofft, dass die geplante Krankenhausreform dazu beiträgt, dass Menschen unabhängig von ihrer Gesundheitskompetenz die richtige Versorgung bekämen. „Mich macht es als Medizinerin verrückt, dass immer noch 50 Prozent unserer onkologischen Patientinnen und Patienten in nicht zertifizierten Einrichtungen behandelt werden“, erklärte sie und forderte, „dass Leistungen, die nicht evidenzbasierten Qualitätsstandards entsprechen“, auch nicht angeboten werden.

Berlins Ärztekammerpräsident Dr. Peter Bobbert kritisierte scharf, dass es nicht für alle Kranken normal sei, einen Arzt aufzusuchen. „Aus meiner Sicht ist das ein Skandal, der nicht zu tolerieren ist.“ Ärztliche Versorgung sei ein Menschenrecht, unabhängig vom Status.

Viele „schwierige Fälle“

Bobbert unterstrich die Bedeutung von „unterstützenden Strukturen außerhalb des etablierten Gesundheitswesens“, solange adäquate Versorgung für alle noch kein Automatismus sei. Der stellvertretende Vorstandschef des AOK-Bundesverbandes, Jens Martin Hoyer, sagte: Es gelte, „soziale Problemlagen zu erkennen und den Menschen in ihren Lebenswelten passgenaue Angebote zu unterbreiten“. Genau diesem Prinzip folge „open.med“.

Während der Preisverleihung erzählte die Medizinerin Dr. Marianne Stix von ihren Erfahrungen: „Wir merken in der letzten Zeit, dass die

Sozialberatung in der Arztpraxis

Es ist kein Geheimnis: Soziale Belastungen befördern Erkrankungen. Oft aber bleiben hausärztliche Praxen mit dem Problem allein zurück. In mehreren Projekten bekommen sie nun Sozialarbeiter an die Seite gestellt.

Der „Berliner Gesundheitspreis 2023“ steht unter dem Motto „Gesundheit gerecht gestalten“. Vergangene Woche fand in Berlin die Preisverleihung statt. Mit dabei: Berlins Ärztekammerpräsident Dr. Peter Bobbert (2. v. l.) und Jens Martin Hoyer, stellvertretende Vorstandschef des AOK-Bundesverbandes (5. v. l.). ©AOK/STEFAN MELCHIOR

Patienten mehr und die Fälle schwieriger werden.“ Ein Grund: Viele Menschen kämen erst dann, wenn ihre Krankheiten schon in einem fortgeschrittenen Stadium seien. Haben es die Menschen dann zu „open.med“ geschafft, tauchten neue Probleme auf. „Wenn jemand kommt, der akut versorgt werden muss, beispielsweise mit einem entgleisten Diabetes mellitus, telefoniere ich oft verzweifelt mit einer Klinik nach der anderen und finde dennoch kein Krankenhaus, das meinen Patienten aufnimmt.“ Ihre Forderungen an die Politik: Einen einfacheren Zugang zur Gesundheitsversorgung, damit Krankheiten früher behandelt werden.

Von den 20.000 Euro Preisgeld, werde man ein neues Ultraschallgerät für schwangere Patientinnen kaufen, außerdem eine Zusatzbatterie für die Stromversorgung der medizinischen Geräte im Behandlungsbus, sagte Projektreferentin Annemarie Weber, die bei „open.med“ Sprechstunden koordiniert und Sozialberatungen anbietet.

Preis für mehr Chancengleichheit

AOK und Ärztekammer schreiben den bundesweiten „Berliner Gesundheitspreis“ seit 1995 alle zwei Jahre aus. Der Hintergrund: Noch immer sind Gesundheitschancen in Deutschland ungleich verteilt. Zu den Ursachen gehören unter anderem geringe formale Bildung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, relative Einkommensarmut sowie die Wohnsituation in sozial benachteiligten Regionen oder Stadtteilen.

Der Berliner Gesundheitspreis soll dazu beitragen, medizinische und soziale Leuchtturmprojekte vorzustellen, um zu zeigen, dass es möglich ist, allen Menschen das Recht auf gleiche Gesundheitschancen zu ermöglichen.

Weitere Infos und Filme zu allen Preisträgern des diesjährigen Berliner Gesundheitspreises gibt es unter www.berliner-gesundheitspreis.de

Es ist eine erschreckende Zahl: „80 Prozent meiner Patienten haben sozialbedingte Erkrankungen“, sagt ein Hausarzt aus dem Berliner Bezirk Lichtenberg und fügt hinzu: Und diese Patienten werden immer jünger.“ Das Zitat stammt aus einem vergangenen Woche veröffentlichten Kurzfilm über das Projekt „Sozialberatung in Arztpraxen“. Wenn er nicht mehr weiterwisse, könnten nur noch Sozialarbeiter helfen, erzählt der Arzt. Lichtenberg, im Osten der Hauptstadt, gilt eigentlich nicht als sozialer Brennpunkt. Doch der Eindruck trügt. Hier wohnen mehr Alleinerziehende, mehr Arbeitslose und mehr ältere Menschen als anderswo. Von den Senioren lebt jeder Dritte allein, jeder Fünfte unterhalb der Armutsgrenze. Für viele von ihnen ist die Hausarztpraxis die wichtigste Anlaufstelle, für manche sogar die einzige.

Deshalb organisiert der Verein „Soziale Gesundheit“ eine Sozialberatung direkt im Sprechzimmer. Neun Hausarzt- und vier Kinderarztpraxen machen bislang mit. Erkennen Mediziner bei ihren Patienten Anzeichen für soziale Probleme, können sie auf die wöchentliche Beratung in ihren eigenen Räumen hinweisen. Manchmal benötigen Eltern Hilfe bei der Kitasuche, Geringsverdiener bei Beihilfeanträgen.

Alle unter einem Dach

So wie die ältere Dame, die sich seit Jahren um ihren schwerkranken Ehemann kümmert. Mittlerweile ist sie selbst seelisch und körperlich angegriffen, hinzu kommen Geldsorgen. Als ihr Hausarzt davon erfährt, vereinbart er für sie einen Termin mit den Sozialberatern von „Soziale Gesundheit“. Die Experten organisieren eine Palliativpflege für den Mann, kontaktieren Sozialamt und Wohngeldstelle, während der Arzt die Ehefrau behandelt. „Ich war von diesem Projekt sofort überzeugt“, so der Lichtenberger Bezirksbürgermeister Martin Schaefer. Ein Erfolgsbaustein sei der Gesundheitsbeirat des Bezirkes – ein Gremium, das Ärzte, Kommunalpolitiker, Klinikvertreter, Pflegeexperten Verwaltungsangestellte und Wissenschaftler an einem Tisch versammelt. Projektleiterin Martyna Voß: „Dadurch können wir im direkten Gespräch mit allen Akteuren schnell die passenden Pakete für die Patienten zusammenschneiden.“

Vernetzung ist auch das Grundprinzip eines Modells, das Stadtteil-Gesundheitszentren in Berlin-Neukölln und Hamburg realisieren. Wie in Lichtenberg folgt die Idee der Erkenntnis, dass sich gesundheitliche und soziale Probleme nicht isoliert betrachten lassen. Um Krankheiten vorzubeugen, Genesung zu unterstützen und die Chronifizierungen zu vermeiden, müssen ärztliche und soziale Unterstützungsangebote ineinandergreifen. Besucher der Stadtteilgesundheitszentren finden alles unter einem Dach: Hausarztpraxis, Pflegeeinrichtungen, psychologische Beratung, Therapieangebote und Sozialarbeiter. Kurze Wege also für alle Ratsuchenden. „Gemeinwesenarbeit“, nennen das die Initiatoren.

Übergeordnetes Ziel ist es, die Lebensbedingungen im Stadtviertel zu verbessern. Dazu zählt auch, Missstände zu identifizieren: hohe Mieten beispielsweise, Drogenmissbrauch oder Alltagsrassismus. Eine zentrale Verwaltung koordiniert die interprofessionelle Zusammenarbeit, entwickelt Standards für Kommunikation und Dokumentation, steuert die interne Qualitätssicherung und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit des Zentrums. Es sei ein riesiger bürokratischer Aufwand, sagt Dr. Patricia Hänel vom Stadtteilgesundheitszentrum Neukölln. Denn unterschiedliche Vereine, finanziert aus unterschiedlichen Töpfen, arbeiten zusammen über unterschiedliche Kooperationsmodelle, vernetzen sich außerdem mit Arztpraxen und anderen Akteuren. Gleichzeitig sollen die Menschen das Gefühl haben, Hilfe aus einer Hand zu erhalten, betont Hänel.

Ihr größter Wunsch? Eine sichere Finanzierung. „nicht dieses Projektgefickel.“ Staatssekretärin Dittmar sagte bei der Verleihung des „Berliner Gesundheitspreises 2023“: Die Stadtteilgesundheitszentren Berlin und Hamburg zeigen, „wie interprofessionelle Zusammenarbeit in be-

nachteiligten und strukturschwachen Stadtteilen gelingen kann“.

Vor allem an Familien richtet sich ein bundesweites Kooperationsnetzwerk. Ziel sei eine „SGB-übergreifende familienorientierte Versorgung für von psychischen und Suchterkrankungen betroffenen Familien.“ Hinter der sperrigen Formulierung verbergen sich oft schwere Schicksale, aber auch Auswege aus scheinbar ausweglosen Lebenslagen. Wie das Beispiel einer alleinerziehenden Mutter zeigt. Sie lebt seit Jahren mit immer wiederkehrenden schweren psychischen Störungen, unter denen auch ihr Sohn leidet. Eine stationäre Therapie lehnt sie ab, weil sie ihr Kind nicht allein lassen will.

Rettungsnetz für Familien:

Mitarbeiter vom Kooperationsnetzwerk finden eine Lösung: In Krisenzeiten sorgt eine Pflegefamilie für den Sohn, während die Mutter ambulante und teilstationäre Hilfe in Anspruch nimmt.

Bundesweit sind Millionen Kinder mit solchen Schwierigkeiten ihrer Eltern konfrontiert. Meist unterstützen unterschiedliche Behörden und Gesundheitseinrichtungen die Familien – allerdings arbeiten Helfer oft nicht zusammen, sondern nebeneinander her. Schwierig bei komplexen Problemen. Aus diesem Grund haben sich medizinische Fachgesellschaften, Selbsthilfeorganisationen und Wissenschaftler zum Kooperationsnetzwerk zusammengeschlossen. Eine der Beteiligten ist Dr. Rieke Oelkers-Ax von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN). Sie sagt: „Viele betroffene Familien und vor allem die Kinder, haben nur eine schwache oder gar keine Lobby.“ Um diese Menschen zu erreichen, helfe es nur, quer über die Grenzen der Sozialgesetzbücher hinweg zusammenzuarbeiten. (Frank Brunner)

Die Praxis-Serie

Lesen Sie am 13. Juli:

Über 50 Arztnetze in zehn Bundesländern beteiligten sich am AOK-Projekt „Qualität in Arztnetzen - Transparenz mit Routinedaten“ (QuATRo). Ziel ist es, mehr Transparenz über die Behandlungsergebnisse zu schaffen. Wir berichten über den aktuellen Stand.

Kontakt: Haben Sie Fragen an die AOK oder Themenwünsche für diese Seite? Dann schreiben Sie uns per E-Mail an: prodiolog@bv.aok.de.